

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke

Perspektive für die Berliner Beamtinnen und Beamten – Besoldungsniveau bis 2017 angleichen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus bis zum 31.10.2012 ein Konzept vorzulegen, in welchem dargelegt wird, wie eine Angleichung des Besoldungs- und Versorgungsniveaus der Berliner Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter an das Niveau des Bundes und der anderen Länder erreicht werden soll. Das Konzept enthält mindestens

- einen Plan, wann und in welcher Höhe eine schrittweise Erhöhung der Bezüge erfolgen soll,
- eine seriöse Prognose über die jährlich entstehenden Mehrausgaben für den Landeshaushalt unter Berücksichtigung der Versorgungsausgaben und der demographischen Entwicklung im öffentlichen Dienst.

Begründung:

Nach dem Auslaufen des Solidarpaktes war und ist es erklärtes Ziel des Senats, dass der öffentliche Dienst des Landes Berlin wieder Anschluss an die Einkommensentwicklung der anderen Bundesländer finden soll. Dies gebietet die Wertschätzung der Leistung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst genauso wie die nötige Konkurrenzfähigkeit Berlins für die Gewinnung qualifizierten Personals. Hierzu wurden bereits wichtige Schritte eingeleitet: Mit dem im Oktober 2010 abgeschlossenen Angleichungstarifvertrag wurde für die Arbeiter und

Angestellten des öffentlichen Dienstes die schrittweise Anpassung der Bezüge an das Entgeltniveau der Tarifgemeinschaft deutscher Länder bis Ende 2017 vereinbart.

Da das Prinzip der Gleichbehandlung der Statusgruppen im öffentlichen Dienst auch in Zukunft verfolgt werden soll, ist es notwendig, dass auch die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter eine Perspektive der Annäherung ihrer Bezüge an das Niveau der anderen Bundesländer und des Bundes erhalten. Dies hat der ehemalige Innensenator Körting bereits beim Abschluss des Angleichungstarifvertrags deutlich gemacht. Auch der jetzige Innensenator Henkel hat als Vorsitzender der Berliner CDU im Wahlkampf 2011 immer wieder eine Angleichung der Besoldung gefordert. Einen Plan, auf welche Weise eine mittelfristige Angleichung des Berliner Besoldungs- und Versorgungsniveaus an das der anderen Länder und des Bundes verwirklicht werden soll, ist der gegenwärtige Senat den Betroffenen allerdings schuldig geblieben.

Berlin, d. 17. September 2012

U. Wolf Bluhm
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke